

An die Medien

Plenarversammlung der KdK vom 12. Dezember 2003

Verhandlungsführung des Bundesrates bekräftigt

Die heutige Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), präsidiert von Staatsrat Luigi Pedrazzini (TI), stand im Zeichen der schweizerischen Europapolitik. In Anwesenheit von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey behandelten die Kantonsvertreter den Stand der bilateralen Verhandlungen mit der EU sowie die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens im Zuge der bevorstehenden EU-Erweiterung. Die Kantone sichern dem Bundesrat die Unterstützung in der Verhandlungssituation zu. Zudem führte die Plenarversammlung eine erste Aussprache über einen europapolitischen Strategiebericht der Arbeitsgruppe Europa Reformen Kantone (EuRefKa).

Bereits früh haben die Kantonsregierungen dem Bundesrat signalisiert, dass die Konsolidierung der bilateralen sektoriellen Abkommen mit der EU und deren nun notwendige Anpassung an die EU-Erweiterung aus der Sicht der Kantone prioritäre Bedeutung hat. Aufgrund der Aussprache mit einer Delegation des Bundesrates am 28. November 2003 sowie der heutigen Debatte im Beisein der EDA-Vorsteherin haben die Kantonsregierungen bekräftigt, dass sie den Bundesrat in seiner Verhandlungsführung mit der EU sowohl bezüglich der EU-Erweiterung als auch der Bilateralen Verträge II unterstützen.

Gleichzeitig betonten die Kantonsvertreter die Notwendigkeit, im innenpolitischen Austausch bessere Voraussetzungen zu schaffen. Dies sei eine unabdingbare Voraussetzung für die politische Willensbildung in den Kantonen und insbesondere für die notwendige Wahrung der Einigkeit in der Aussenwahrnehmung der Schweiz.

EuRefKa II: Strategiepapier Europa in Konsultation

Die Arbeitsgruppe EuRefKa der Kantone unter Leitung von Regierungsrat Hans Martin Tschudi (BS) hat zuhanden der Kantonsregierungen einen Bericht "Europa als Herausforderung für den Föderalismus" über die Situation der Schweiz in Europa sowie die damit verbundenen Konsequenzen erarbeitet. Der Entwurf wurde den Kantonen heute präsentiert. Neben der Frage einer möglichen zukünftigen Europa-Strategie der Schweiz aus Sicht der Kantone wird dabei vor allem auch der Aspekt

der notwendigen inneren Reformen in der Schweiz beleuchtet. Dabei stehen verbesserte Strukturen der Kantone zur interkantonalen Zusammenarbeit mit dem Bund, vor allem mit dem Bundesrat und dem Ständerat, im Vordergrund. Die Kantonsregierungen werden zum Bericht bis anfangs 2004 Stellung nehmen, so dass dieser im Rahmen der Plenarversammlung vom März 2004 definitiv verabschiedet werden kann.

Bern, 12. Dezember 2003

Weitere Auskünfte erteilen:

- Staatsrat Luigi Pedrazzini, Präsident KdK (Tel. 091 814 44 90)
- Canisius Braun, Sekretär KdK (Tel. 031 320 30 00)

F:\KdK\Medienarbeit\2003\Medienmitteilung_PV12122003.doc